

Oberbürgermeister
Hartmut Holzwarth

Haushaltsrede

zur Einbringung des
Haushaltsplanentwurfs 2023
der Großen Kreisstadt Winnenden
am 10. November 2022

Oberbürgermeister
Hartmut Holzwarth

**Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2023; Finanzplan und
Investitionsmaßnahmen 2022 - 2026
der Stadt Winnenden
und des Eigenbetriebs „Stadtbau Winnenden“**

Vorgetragen in der Sitzung des Gemeinderats am
10. November 2022
- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeinderats,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sowie sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,

der Entwurf des Haushaltsplans 2023 und der Entwurf des Haushaltsplans 2023 des Eigenbetriebs „Stadtbau Winnenden“, jeweils mit Finanzplänen bis 2026 werden Ihnen heute erneut digital vorgelegt. Neben mir spricht dazu zu Ihnen - seit 2019 so eingeführt - auch unser Finanzbürgermeister Jürgen Haas, heute erstmals, seitdem er am 1. April ins kommunale Wahlamt gewechselt hat, in der Funktion als Bürgermeister.

Wie in den Vorjahren erhalten Sie den Planentwurf heute pünktlich zur November-Sitzungsrunde. Nach der halbtägigen öffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. November sind die Haushaltsreden der Fraktionen und die Beschlussfassung in der öffentlichen Sitzung am 13. Dezember eingeplant.

Wir legen Ihnen bereits den sechsten doppelten Haushalt der Stadt Winnenden termingerecht vor. Daher danke ich allen Ämtern für die Vorbereitungen. Zweitens ein herzliches Dankeschön an das gesamte Team der Kämmerei, vor allem auch an unsere Kämmerin Frau Dolle und ihren Stellvertreter Herrn Schmalz. Hier ist zu erwähnen: es waren sehr schwierige Vorberatungen, und vieles, was auf der Agenda der Ämter, und auch des Gemeinderats stand, musste in Frage gestellt, zurückgestellt, verschoben, oder gestrichen werden, um die Planung genehmigungsfähig zu bringen.

Ansprechen muss ich, dass sich nach dem Beschluss der aufwändig erstellten Eröffnungsbilanz zum 1.1.2018 im zurückliegenden Februar der Jahresabschluss 2018 auf der Zielgeraden befindet. Damit befassen wir Sie dann in der ersten Jahreshälfte 2023. Weitere Jahresabschlüsse für 2019, 2020 und 2021 folgen dann noch.



Nun zum städtischen Haushaltsplan-Entwurf mit Finanzplanung bis 2023. Die Eckdaten für 2023 haben wir Ihnen bereits am 27. September vorgestellt, darauf nehme ich Bezug. Seither ist am 6. Oktober der Haushaltserlass des Landes eingetroffen, der dann in die Eckdaten eingearbeitet wurde, diese wiederum sind die Grundlage für die heute vorgelegte Planung.

Auch unser Landrat Dr. Sigel hat im Oktober einen Vorschlag für die Höhe der Kreisumlage von 33,5 v.H. vorgelegt, den wir jedoch in der vorliegenden Planung noch nicht nachvollzogen haben. Wir haben momentan 30,0 beim Hebesatz eingeplant, wie schon im September in den Eckdaten dargestellt. Wir rechnen damit, dass es durch die verschiedenen Hilfspakete der Politik beim Kreis zu einer Entlastung kommt, die dann den Kreiskommunen zugute getan werden muss. Hier werden wir über die Änderungsliste dann reagieren müssen.

Das Wichtigste für 2023 vorweg. Die Hebesätze der Realsteuern, also Grundsteuer und Gewerbesteuer, planen wir ohne eine Erhöhung. Kreditaufnahmen sind im Planwerk auch nicht eingeplant. Wir benötigen jedoch aus den genehmigten Kreditermächtigungen für 2021 und 2022 demnächst zur Erhaltung der Liquidität Kreditaufnahmen.

Warum wir so inmitten von multiplen Krisen, den Folgen der Corona-Pandemie, der Lieferketten-Problematik, dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine mit folgender Zeitenwende und Energiekrise so geplant ist, erläutern wir Ihnen jetzt gerne.

Was hat uns inmitten dieser unruhigen, ja stürmischen Zeit geleitet?

Zunächst die Suche nach der dauerhaften Leistungsfähigkeit unseres Haushalts. Ein Ausgleich des Ergebnishaushalts innerhalb des Finanzplanungs-Zeitraums ist das wichtigste finanzielle Nachhaltigkeits-Ziel.

Wir erreichen dieses Ziel, annähernd, erst 2026 wieder. Die Jahre 2023 bis 2025 sind defizitär geplant, da wir den Haushalt nach den vorliegenden Rahmendaten hier nicht ausgeglichen bekommen werden. Trotz stabiler Steuererträge, insbesondere bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer, haben wir mit steigenden, ja Rekord-Umlagen im Finanzausgleich und an den Landkreis sowie einer kontinuierlichen Steigerung der Personalkosten zu kämpfen.

Wir können das Defizit nur tragen, weil wir auf Vorjahresergebnisse, also die Ergebn isrücklage 2018 bis 2021 zurückgreifen können, aber auch müssen. Da wir die erwähnten Jahresabschlüsse 2018 bis 2021 noch nicht haben, befinden wir uns allerdings auch hier noch etwas im Ungefähren, jedoch zeigen die Finanzzwischenberichte der vergangenen Jahre Gutes auf. Ich darf an dieser Stelle auf den nächsten, 3. Finanzzwischenbericht 2022 Ende November im Zuge der halbtägigen öffentlichen Haushaltsberatung verweisen. Die kumulierten vorläufigen ordentlichen Ergebnisse aus diesen 4 Jahren helfen uns hierbei.

2022 wird jedoch voraussichtlich nur ein Ergebnis von +1,2 Mio. Euro haben, was gegenüber der Planung von -6,1 Mio. Euro zwar eine deutliche Verbesserung ist, aber die Ergebn isrücklage eben kaum verstärkt.



Durch einen verzögerten Mittelabfluss in den Jahren 2018 bis 2021 sind allerdings auch erhebliche Ermächtigungsreste in zweistelliger Millionen-Euro-Höhe entstanden, die noch finanziert werden müssen, für die wir neben der Ergebnisrechnung die notwendige Liquidität brauchen.

Daher ist, wie vorhin angedeutet, in 2022 noch eine Kreditaufnahme von 5 Mio. Euro aus der Ermächtigung 2021 und bis zu 14,2 Mio. Euro aus der Ermächtigung 2022 vorgesehen. Damit bleibt im Finanzplanungs-Zeitraum bis 2026, wenn wir an der langfristigen Schulden-Obergrenze von rund 17 Millionen Euro festhalten wollen, nur noch ein kleiner Spielraum für weitere Investitionskredite. Diese mussten wir mit rund 8 Mio. Euro in 2024 und 2025 veranschlagen.

Wir müssen sogar in 2024 und 2025 vorübergehend auf 23,4 Millionen Euro Verschuldung gehen. Erst 2026 können wir, u.a. durch die Veräußerung von hierfür erworbenem Grundvermögen an den geplanten Eigenbetrieb Technische Betriebe, diesen Betrag auf die geplante Schulden-Obergrenze von 17 Millionen Euro wieder reduzieren.

Dies sind die Rahmenbedingungen, an denen wir die Planung unserer Investitionen mit 46 Millionen Euro bis 2026 ausgerichtet haben.

Die größten Investitionen, die anstehen, sind:

- Die Restfinanzierung der Generalsanierung des Lessing-Gymnasiums. Von insgesamt rund 19,5 Mio. Euro sind noch netto 2,7 Mio. Euro in 2023 und 2024 bis zur Fertigstellung erforderlich.
- Für das im Bau befindliche Kinderhaus Adelsbach sind zusammen 2,4 Mio. Euro in 2023 und 2024 zu den Gesamtkosten von 4,6 Mio. Euro eingeplant.
- Für die vor dem Baubeginn stehende neue Kita Koppellesbach sind in den kommenden drei Jahren 2 Mio. Euro eingeplant als Restfinanzierung zu den Gesamtkosten von 7,4 Mio. Euro (inkl. Einrichtung).
- Der Breitbandausbau zu den Schulen und Kliniken ist mit 2,2 Mio. Euro finanziert, mit 90%-Förderung; für das stadteigene Glasfasernetz sind 800.000 Euro ohne eine Förderung vorgesehen, welche sich aber in den kommenden Jahren refinanzieren werden.
- Für den vorgezogenen Kreisverkehr des Baugebiets Bildstraße in Birkmannsweiler zur Erschließung der Firma Klöpfer sowie den vorgezogenen Maßnahmen für das Baugebiet selbst sind für Straßen- und Kanalbau 2,7 Mio. Euro eingeplant, die Firma Klöpfer beteiligt sich an den Kosten des Kreisverkehrs mit 25%.
- Für die Straßen- und Kanalerschließung des Gewerbegebiets Schmiede III sieht die Finanzplanung 1,15 Mio. Euro an den Gesamtkosten von 1,8 Mio. Euro vor.
- Für die Modernisierung der Kläranlage Zipfelbachtal sind 1,17 Mio. Euro vorgesehen, darin sind neben baulichen Verbesserungen eine Notstromversorgung und eine Photovoltaikanlage enthalten. Auch das Blockheizkraftwerk, betrieben mit



Klärgas, soll erneuert werden – hierüber werden Sie noch in der ersten Änderungsliste lesen.

- Die Erschließung der Straße im Kauzenbach in Bürg ist 2025 mit 640.000 Euro eingeplant, finanziert mit 95% durch Anliegerbeiträge.
- Der Neubau des Radwegs am Knotenpunkt REWE-Kreuzung und zur alten Bundesstraße ist mit 690.000 Euro, mit 488.000 Euro Beteiligung dritter Straßenbaulasträger, 2026 eingeplant, wir rechnen mit einem langen Abstimmungsvorlauf.
- Der Gehwegneubau mit Radschutzstreifen in der Schorndorf Straße, bereits mit 250.000 Euro finanziert, wird 2023 ausfinanziert mit 50.000 Euro; letzte Woche haben wir dazu einen Landeszuschuss von 253.000 Euro erhalten.
- Eine Planungsrate für die Verbesserung der Oberflächen in den Seitenstraßen der Marktstraße in der Fußgängerzone ist gebildet, die Umsetzung ist momentan finanziell nicht im Finanzplanungs-Zeitraum möglich.
- Für die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt der ehemaligen B 14 mit u.a. Begrünung, Radstreifen, Flüsterasphalt und Tempomessung sind 9 Mio. Euro eingeplant zu den Gesamtkosten von rund 11 Mio. Euro. Dem stehen zwei unterschiedliche Zuschüsse des Landes von 4,3 Mio. Euro und 390.000 Euro, zusammen 4,7 Mio. Euro, gegenüber.
- Für den barrierefreien Umbau des Zentralen Omnibusbahnhofs, der diese Woche weitgehend abgeschlossen wird, erwarten wir den Landeszuschuss über 509.000 Euro im kommenden Jahr. Ferner planen wir 2025 Zuschüsse für zwei weitere barrierefreie Bushaltestellen sowie den Aufwand dafür ein.
- Für die Aufwertung der Buchenbachaue wird neben dem mehrjährig finanzierten Aufwand auch der anteilige Zuschuss mehrjährig eingeplant, allerdings in kleinen Raten, so dass entweder nur ein kleiner Anteil der Planungen realisiert werden kann, oder auf eine Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten gewartet werden muss.
- Der Grundstücksverkehr für die Gewerbegebiete Schmiede III und Brühl sind eingeplant, ebenso wie für das IBA-Gebiet, das sog. Produktive Stadtquartier, mit einem ersten Cluster bis 2026.
- Im Eigenbetrieb Stadtbau kümmern wir uns als Stadt neben der Kreisbau, den privaten Wohnungsunternehmen, und der Baugenossenschaft Winnenden, um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und um die Unterbringung der Personen, für die wir als Stadt unterbringungspflichtig sind, wo uns die Aufgabe bekanntlich niemand anderes abnimmt.
- Gerade in diesen besonderen Zeiten sind wir froh, dass der Eigenbetrieb Stadtbau diese Aufgabe trägt. Mit einer Kreditaufnahme von 14,3 Mio. Euro im Finanzplanungs-Zeitraum soll er vier größere geplante Baumaßnahmen, nämlich Wohnungen an der Festwiese, in der Hofkammerstraße, am Hambach und beim Punkthaus Körnle-Erweiterung mit Kita angehen und eine weitere Baumaßnahme, in Birkmannsweiler in den Kreuzwiesen, vorbereiten. Insgesamt sind das rund 100 Wohneinheiten. Doch während diese Maßnahmen, u.a. über den vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf des Eigenbetriebs vorbereitet und getragen werden müssen, überholen uns, wie Sie ja wissen, die Aufgaben.
- Daher ist es leider unvermeidlich gewesen, weitere interimistische Baulichkeiten in Container-Form am Standort Albertviller Straße zusammen mit der Kreisbau zu organisieren. Mit ihr haben wir zudem zwei langfristige Mietverträge über zwei Neubaugebäude dort abgeschlossen. Und es ist nun ebenfalls unvermeidlich, wie schon 2015, die



Buchenbachhalle mit einer vorübergehenden Flüchtlingsunterbringung für bis zu 40 ukrainische Geflüchtete zu belegen, und zwar seit gestern.

An dieser Stelle gilt unser Dank den Vereinen, der Grundschule und den weiteren Nutzern der Buchenbachhalle, der Kirchengemeinde, dem Freundeskreis Flüchtlinge sowie der ganzen Dorfgemeinschaft in Birkmannsweiler, die diese Aufgabe mit uns zusammen tragen.

Ebenfalls danke ich heute ausdrücklich den vielen privaten Wohnungsvermietern und Familien, die ukrainische Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben. Von den aktuell 293 bisher in Winnenden untergebrachten Personen sind fast 80 Prozent privat untergekommen. Das wäre uns als Stadt schlicht gar nicht möglich gewesen - daher wirklich nochmals vielen Dank allen, die hieran so erfolgreich mitgewirkt haben.

Mit der Kreisbau haben wir übrigens einen Partner, der in der Ortsmitte Höfen auf unserem städtischen Grundstück 16 neue Wohnungen in nächster Zeit fertigstellt, die öffentlich gefördert sind und somit deutlich vergünstigt am Markt angeboten werden.

Viele Zukunftsthemen gehen wir also zugleich an:

- die Wohnungsversorgung
- die Digitalisierung, insbesondere der Schulen
- die Flüchtlingsunterbringung
- den Ausbau der Kinderbetreuung
- die bauliche Schulmodernisierung,
- die Gewerbeland- und die
- Wohnbauland-Entwicklung.

Aufgrund der schrecklichen Katastrophe im Ahrtal im Sommer 2021 und der allgemein unsicherer gewordenen Energieversorgungslage haben wir zur Krisenprävention in der vergangenen Gemeinderatssitzung auch Maßnahmen zur punktuellen Notstromversorgung mit der Feuerwehr und den Stadtwerken und die Bevölkerungswarnung mit Sirenen beschlossen.

Dazu kommt als weiteres dickes Brett der kommunalen Arbeit der Klimaschutz, zu dem wir in der heutigen Sitzung mit eigenem Tagesordnungspunkt den jährlichen Bericht erstatten werden.

Dort hören Sie von neuen Photovoltaik-Projekten der Stadt selbst. Vor allem aber sind wir gespannt auf die kommunale Wärmeplanung, die in den kommenden Monaten anlaufen wird. Im Planungskonvoi mit unseren Nachbargemeinden Leutenbach und Schwaikheim, die wir - sie sind keine Pflichtkommune wie wir - freiwillig dafür gewinnen konnten, was für uns einen höheren Landeszuschuss bedeutet. Künftige Wärmeprojekte in den drei Kommunen können vorbereitet und ihrerseits später gefördert werden.

Hier werden unsere Stadtwerke aktiv. Gemeinsam mit der Fernwärme Winnenden, Tochterunternehmen unserer Stadtwerke mit der Steag New Energies Saarbrücken, bauen Sie die Fernwärme aus. Insbesondere planen sie Quartiersprojekte mit regenerativer Wärmegewinnung, wie zum Beispiel das Gerberviertel Plus der Firma Projektbau Pfeleiderer,



bei dem aus dem Abwasserkanal, der dafür neu verlegt wurde, CO₂-neutrale Wärme mittels Wärmepumpentechnologie gewonnen wird und die in das Fernwärmenetz eingebunden werden.

Apropos Stadtwerke. Sie sind, bis Ende Januar unter der Leitung von GF Schwarz und GF Mulfinger, dann ab Februar GF Häfele und GF Mulfinger, unser stärkstes Werkzeug für die Erreichung der Energiewende.

Es ist hier geplant, unsere Fernwärmeversorgung zur Reduzierung des Erdgasbezugs - neben dem bereits vorhandenen bilanzierten Biogas und dem zurückgehenden Deponiegas - mit weiteren erneuerbaren Energiequellen zu versorgen, zum Beispiel einem Hackschnitzel-Heizwerk am Standort der Deponie Eichholz. Weiter haben wir 2014 unsere Bäder den Stadtwerken anvertraut.

Aktuell stemmen sie dort nicht nur den Betrieb, sondern bauen das Wunnebad ganz grundsätzlich aus, auch gerade energetisch. Eine Aufgabe, die wir seitens der Stadt so nicht hätten stemmen können. Allerdings kommen durch die Ereignisse seit dem 24. Februar diesen Jahres auch unsere Stadtwerke unter entsprechenden Druck. Sie haben mit der Entwicklung am Energiemarkt zu kämpfen, was niedrigere Erträge bedeutet, sie haben mit der Entwicklung bei den Baukosten, wie alle Bauherren, zu tun, und sie müssen jetzt auch noch mit einer stark steigenden Zinsentwicklung am Kapitalmarkt zu recht kommen, was so absolut nicht voraussehbar war.

Wir haben den Stadtwerken diese große Aufgabe anvertraut, auch für den Erhalt des Höfener Mineralfreibads sind noch entsprechende Zukunftsaufgaben vor uns. Daher müssen wir uns als Stadt auch überlegen, wie wir in dieser Situation unsere Stadtwerke verstärkt unterstützen können.

Darüber werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen mit Ihnen noch sprechen, und wir werden über die Änderungsliste noch Vorschläge dazu vorlegen, die ich bereits heute ankündigen möchte. Offen ansprechen möchte ich auch den Anstieg bei den Personalkosten. Dahinter stecken die absehbaren Tarifsteigerungen, genaue Höhe offen, eine landesweite Anhebung im mittleren Dienst und eine Steigerung der Zahl der Stellen um 29,12 VZÄ. Davon entfallen auf den Sozial- und Erziehungsdienst 21,98 Stellen, so dass die Verwaltung 7,14 Stellen zusätzlich benötigt; und zwar in den Bereichen Technische IT und Schuladministration (2 Stellen), Anlagebuchhaltung (1 Stelle), Feuerwehrwesen (1 Stelle), Gewässer- und Hochwasserschutz (1 Stelle) und noch verschiedene Stellenanteile aufgrund hohen Aufkommens im Gebäudemanagement, Personenstandswesen, Ausländerrecht, Integration, Gutachterausschuss und Baurecht, zentrale Vergabestelle, Bauunterhalt und Bauzeichnung.

Im laufenden Jahr waren von den insgesamt 461 Stellen 28 Stellen zur Jahresmitte nicht besetzt. Das sind rund 6 Prozent. Das zeigt, dass es für die Stadtverwaltung Winnenden darauf ankommt, ausreichend Stellen vorzuhalten, damit überhaupt die notwendigen Mitarbeitenden gewonnen werden können.

Ich bin aus den Reihen des Gemeinderats gefragt worden, ob wir nicht die unzweifelhaft zusätzliche Arbeit aufs vorhandene Personal verteilen bzw. die Arbeit verdichten könnten, um so die beantragten Stellenaufstockungen zu vermeiden.



Dagegen spricht, dass mit diesem Vorgehen der Verdichtung von Arbeit die schon gegebene Unterbesetzung bei denselben Mitarbeitenden mittelfristig weiter steigen wird. Das Ergebnis wäre eine Spirale: wir könnten die ständig steigenden, anfallenden Arbeiten dann schlicht nicht mehr erledigen, da es ja schon jetzt klemmt.

Ich möchte mich nochmals zur Kreisumlage äußern. Die Kreisverwaltung benötigt aktuell anerkanntermaßen einen um 2,5% erhöhten Hebesatz von 33,5 v.H., um ihren Haushalt auszugleichen, auch für die Defizit-Finanzierung der Kliniken und die Lasten aus der Energie- und Flüchtlingskrise, die soziale Teilhabe und die verschiedenen Bauvorhaben auf Kreisebene.

Ein zusätzlicher Punkt Kreisumlage sind für uns 511.000 Euro, unsere Planung liegt also aktuell rund 1,8 Mio. Euro niedriger, aber dennoch auf dem Winnenden Rekordniveau von 15,85 Mio. Euro Kreisumlage aufgrund unserer gestiegenen Steuerkraftsumme, was uns schon massiv belastet.

Die Bitte aus Teilen des Kreistags und die Bitte der Kreiskommunen ist es nun, dass der Landkreis alle Verbesserungen, die derzeit durch die Bundes- und Landespolitik auf den Weg gebracht werden, den Kreiskommunen über eine Senkung des geplanten Hebesatzes vollständig zugute getan werden. Darauf müssen wir also bei uns momentan setzen und die Lage für die Änderungsliste daher weiter intensiv beobachten.

Darüber hinaus dürfen wir mit dem Handeln des Landkreises in Winnenden große Zufriedenheit äußern. Neben der beschriebenen engen Zusammenarbeit mit der Kreisbau bei der Flüchtlingsunterbringung und der Beschaffung von Wohnraum für soziales Wohnen, plant der Landkreis im Rahmen des langjährigen Medizinkonzepts für seine Kreiskliniken auf dem Campus in Winnenden einen Erweiterungsbau für rund 34 Millionen Euro; kürzlich wurde als notwendige Vorbereitung das neue Parkhaus fertiggestellt.

Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis beim Buskonzept ist sehr konstruktiv, ebenso bei der Erhaltung und der Sanierung von Kreisstraßen, wie aktuell bei der Strecke Baach-Bürg. Auch bei der Weiterentwicklung des auslaufenden Deponiestandorts Eichholz suchen wir unsere Gemeinsamkeiten, neben der Renaturierung ist hier ein komplett neuer Recyclinghof in der Planung. Daher sage ich heute danke an den Rems-Murr-Kreis für diese gute Zusammenarbeit.

Abschließend möchte ich meinen Dank in weitere Richtungen aussprechen. Zunächst möchte ich mich bei unserer Bürgerschaft und unseren Unternehmen und Betrieben herzlich bedanken. Sie tragen die finanzielle Hauptlast für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in unserer Stadt mit ihren Steuern, Gebühren und Beiträgen. Sie sind die Basis unseres Handelns.

Insbesondere die Gewerbesteuer ist im Vergleich zu vielen anderen Kommunen langjährig sehr stabil und übertrifft die zweite große Steuersäule, die Einkommensteuer sogar um rund 10 Prozent.

Bezüglich der künftigen Grundsteuer sind alle gespannt, welche Grundlagen für die Entscheidung zum künftigen Hebesatz in 2024 dann für die Zeit ab 2025 vorliegen werden. Unser Gemeinderat hat bekanntlich formuliert, den Hebesatz so zu wählen, dass das Gesamtaufkommen von rund 6 Mio. Euro letztlich nicht steigen soll, wenn es auch Verschiebungen je nach Grundstückssituation durch die neue Systematik geben wird.



Unserem Gemeinderat will ich an dieser Stelle herzlich danken für die stets konstruktive Zusammenarbeit - ein hohes Gut, das wir auch für die bevorstehende Haushaltsberatung selbstverständlich wieder benötigen.

Unseren städtischen Mitarbeitenden möchte ich, zusammen mit Erstem Bürgermeister Norbert Sailer und Bürgermeister Jürgen Haas, gerne an dieser Stelle für die geleistete Arbeit, an den ganz vielen unterschiedlichen Stellen in unserer Stadt, herzlich danken. Auch wenn wir hier im Haushalt natürlich mit Euro und Cent rechnen, sind sie das wertvollste Vermögen der Stadt.

Vielen Dank.

